

Ein Jahr Pegida-Bewegung in Dresden

Mißverstanden

Von Werner Patzelt

Das Jahr politischen Umgangs mit Pegida führte Glanz und Elend Deutschlands vor Augen. Glänzend zeigte sich, daß dieses Land weder Rassismus noch Faschismus will, für Weltoffenheit und Hilfsbereitschaft steht. Das möge so bleiben. Doch elend war mancher Weg zum Ziel. Im Namen von Pluralität wurde ausgegrenzt, was nicht ins Schema paßte. Im Namen von Rationalität wurden Aussagen nicht danach beurteilt, ob sie stimmten, sondern wem sie nützten. Im Namen von Humanität wurden Andersdenkende als Feinde behandelt. Und die Bekundung des Richtigen nahm Formen an, die auf politischen Kitsch hinauslaufen.

Vor allem wurde mißverstanden, daß Pegida – zufällig um eine fragwürdige Figur entstanden – nur ein Symptom, nicht die Ursache wichtiger Probleme ist. Einwanderung ohne Grenzen: Wann sprengt das Solidarität? Integrationsverlangen ohne Leitkultur: Wie soll das gehen? Eliten voll Verachtung für rüdes Volk: Halten sie wirklich das Land zusammen? Längst wurden aus besorgten Bürgern empörte Bürger, inzwischen oft Systemgegner. Bald dürfte Deutschland eine starke rechtspopulistische Partei haben. Zu spät werden dann viele begreifen: Wir haben zwar Gutes gewollt, doch politisch nicht genug gekonnt!

Prof. Dr. Werner Patzelt lehrt Politikwissenschaften an der TU Dresden.

Wahlerfolg für FPÖ bei Landtagswahl in Wien

Recht behalten

Von Lothar Höbelt

So manche Wortführer der Linken feiern das Ergebnis der Wiener Wahl kurioserweise als Bestätigung einer „Tür auf“-Politik – weil die regierende rot-grüne Koalition „nur“ sechs Prozent verloren hat. Bürgermeister Häupl (SPÖ) bedient sich da keineswegs ungeschickt der subkutanen Devise, man müsse heutzutage ja nicht mehr den Gegner schlagen, sondern nur mehr die Umfragen. Allerdings haben alle Wahlen dieses Jahres tatsächlich bewiesen: Die Freiheitlichen gewinnen – entgegen dem Trend der vergangenen Jahre – wiederum mehr Stimmen von den Christdemokraten (ÖVP) als von den „Roten“. Die FPÖ hat sich in Wien vielleicht mehr erwartet. Doch sie hat inhaltlich recht behalten.

Die jüngsten Vorschläge der EU zum Thema Asylantenflut, von Auffanglagern bis zu Abschiebungen, decken sich mit den Forderungen der für gewöhnlich EU-kritischen Freiheitlichen. Auch bei der ÖVP hat – analog zur CSU – ein entsprechendes Umdenken eingesetzt: „Illegale Zuwanderung darf es nicht geben.“ Die Lösung müßte vielmehr in Hilfe vor Ort und Schutzzonen außerhalb der EU bestehen, so heißt es dort jetzt. Die Botschaft hört man wohl. Hoffentlich geraten diese guten Vorsätze in den kommenden, über längere Strecken wahllosen Zeiten nicht in Vergessenheit.

Prof. Dr. Lothar Höbelt lehrt Neuere Geschichte an der Universität Wien.

Folgen der Bombenanschläge von Ankara

Terror betrifft auch uns

Von Marc Zoellner

Die Detonation der Sprengstoffanschläge von Ankara vom vergangenen Samstag hallt auch in Deutschland wider: Gewalttätige Ausschreitungen zwischen nationalistischen Türken und kurdischen PKK-Anhängern in hiesigen Großstädten und Ballungsgebieten könnten eine der Folgen sein. Brandanschläge wie zuletzt auf die Berliner Vertretung der prokurdischen HDP könnten sich häufen, auch unbeteiligte deutsche Bürger von der Welle der Gewalt in Mitleidenschaft gezogen werden. Der ethnische Konflikt Kleinasien bedroht seit dem Terrorakt auch unsere eigene innere Sicherheit bereits akut.

Doch das Massaker von Ankara birgt noch eine zweite, nicht weniger schwerwiegende Gefahr: Denn noch gilt die Bosphorusrepublik als sicheres Herkunftsland für Kriegsflüchtlinge. Über zwei Millionen Syrer befinden sich derzeit in Obhut der türkischen Regierung, leben in den Millionenmetropolen zwischen dem Schwarzen Meer und der Ägäis oder in den unzähligen Zeltstädten innerhalb der Südosttürkei. Sollte der bewaffnete Konflikt Ankaras mit dem Islamischen Staat nach Kleinasien überschwappen, sollte die Türkei also tatsächlich ins Fadenkreuz der Radikalislamisten rücken, werden sich viele genötigt sehen, neue Zufluchtsstätten – aller Wahrscheinlichkeit nach in der EU – aufzusuchen. Mit den Anschlägen von Ankara wird die Sicherheitslage in der Türkei damit zur gesamteuropäischen Frage.

Aufgeschnappt

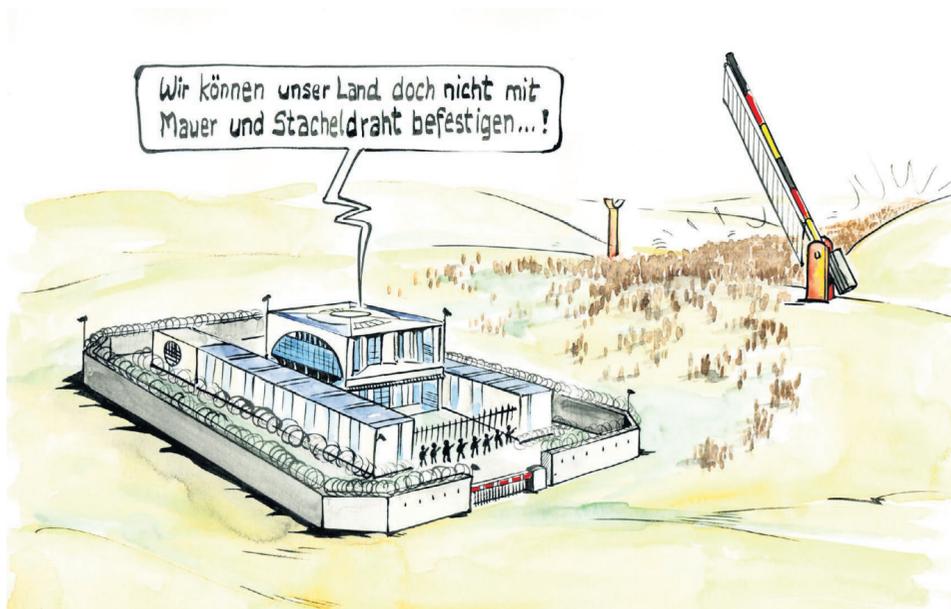
Gefahr im Weinberg

MATTHIAS BÄKERMANN

Kan den niederösterreichischen Weinstöcken ins Auge, darauf Schädel mit gekreuzten Knochen und das Wort „Todesgefahr“. Was so kurz vor der Weinlese wie ein schaler Witz kämpferischer Abstinenzler erscheinen könnte, deutet real auf verzweifelte Abwehrversuche der Winzer gegen ein immer heftiger um sich greifendes Phänomen hin: Weinblattdiebstahl.

Insbesondere in der unmittelbaren Umgebung von Wien, in Traiskirchen oder Oberlaa, leiden die Weinbauern darunter, daß Plünderer ihre Reben entlauben, um Weinblätter gleich säckeweise

an Restaurants in der Donaustadt zu verkaufen. Diese bieten die südländische Spezialität ihren Gästen an, meist mit Lamm, Bulgur oder Reis gefüllt. Bisher konnten selbstorganisierte Wachtrupps immer wieder Täter mit orientalischen Wurzeln dingfest machen. Wie das Portal unzensuriert.at vergangene Woche berichtete, hat die FPÖ-Nationalratsabgeordnete Dagmar Belakowitsch-Jenewein sogar schon das Parlament auf den massiven Weinblattdiebstahl mittels Anfrage aufmerksam gemacht, bisher ohne Resultat. Die Frage bleibt, ob tatsächlich Gefahr durch giftiges Pflanzenschutzmittel droht oder die Warnschilder nur der Abschreckung dienen. Lokale Winzer hüllen sich eisern in Schweigen.



Asylkrise: Die Bundeskanzlerin spricht sich gegen eine Abschottung aus.

Letzter Ausweg: Notstand

Asylrecht: Eine europäische Lösung ist zwar wünschenswert – aber unrealistisch

Grenzenlosigkeit kennt keine Regeln und Begrenzungen. Sie sind jedoch wichtig, um planen und lenken zu können, um Risiken überschaubar zu halten. Die derzeitige Praxis der Flüchtlingspolitik trägt Züge einer Entgrenzung – mit entsprechenden Folgen. Merkels „Wir schaffen das“ kann angesichts einer völlig unvorbereiteten Verwaltung, überforderten Kommunen und einem aufopfernden, aber zeitlich instabilen bürgerschaftlichen Engagement nur als fehlerleitende Durchhalteparole gelten.

Bundespräsident Gauck traf das Dilemma auf den Punkt: „Unsere Aufnahmekapazität ist begrenzt, auch wenn noch nicht ausgehandelt ist, wo diese Grenzen liegen.“ Nimmt man dies als Aufforderung zu einem gesellschaftlichen Diskurs, so stößt man schnell an Tabuschränken. Wie die öffentliche Debatte zur Einschränkung des Asylrechts 1993 mit dem Ergebnis des heutigen Grundgesetzartikels 16a jedoch gezeigt hat, bietet die Aussetzung von Denkverboten Chancen, um Handlungsoptionen auszuloten. Bei dieser Diskussion sollte immer im Blick bleiben, daß es um juristische „Verteidigungstechniken“ geht, die die eigentlichen Ursachen des Zuwanderungsdrucks in keiner Weise lösen werden.

Um es deutlich zu sagen: Aufgrund der Vorrangstellung des EU-Rechts sind die nationalen Möglichkeiten relativ eng begrenzt. Das Asylrecht wird zentral durch Artikel 18 der Grundrechte-Charta der Europäischen Union bestimmt, der auf die Genfer Flüchtlingskonvention abstellt. Über die Kompetenzermächtigung des Lissabon-Vertrags kann die EU „eine gemeinsame Politik im Bereich Asyl“ entwickeln. Bislang bestehen nur Ansätze eines Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS).

Weitere Regelungen wie die Errichtung von Transitzonen an der EU-Außengrenze, strengere Abschieberegeln sowie verbindliche Verteilungsschlüssel sind dringend notwendig. Wie die Diskussion um die Quotenschlüssel aber deutlich gemacht hat, ist die Thematik besonders souveränitätssensibel. Zwar kann der EU-Rat mit qualifizierter Mehrheit beschließen. Um die

Akzeptanz und Beachtung sicherzustellen, wäre jedoch Einstimmigkeit anzustreben. Nicht einmal die Anwendung des Durchleitungsverbots von Flüchtlingen und deren Registrierung gemäß „Dublin III“ wird an den EU-Außengrenzen durchgesetzt – und von der Bundesregierung durch deren Aufnahme positiv sanktioniert.

Damit steht die Politik einer nationalen Einschränkung des Asylrechts vor einem Dilemma: Einerseits scheinen die 28 Mitgliedstaaten bei unterschiedlichen Interessenlagen zu keinen zukunftsfähigen verbindlichen Absprachen fähig. Andererseits unterliegt eine formal durchaus mögliche Einschränkung des Grundgesetzartikels 16a dem Vorranggebot des EU-Rechts – will heißen, unterhalb der Regeln der Genfer Konvention ist kaum etwas machbar.



VON DIRK MEYER

»Aufgrund der Vorrangstellung des EU-Rechts sind die nationalen Möglichkeiten relativ eng begrenzt.«

So könnte eine Änderung des Grundgesetzes beispielsweise in der Einfügung eines neuen Absatzes bestehen: „Das Recht auf Asyl kann unter besonderen innerstaatlichen Notlagen wie kapazitativer oder finanzieller Überforderungen sowie einer Gefährdung des gesellschaftlichen Friedens durch Mehrheitsentscheid des Bundestages befristet außer Kraft gesetzt werden.“ Diese Einschränkung dürfte jedoch spätestens an einer Überprüfung durch den Europäischen Gerichtshof scheitern.

Welche Möglichkeiten bleiben? In einfachen Ausführungsgesetzen könnte das Asylrecht in einschränkender Weise ausgestaltet werden. Statt eines Richterspruchs würde der Bundestag eine gewisse Steuerung der Flüchtlingsströme vornehmen. Die zum 1. November geplanten Gesetze entsprechen diesem Vorgehen. Verfahrenszeiten und -standards (Ausweitung der Flugha-

fenregelung) sowie Abschieberegeln (insbesondere die Einschränkung von Ausnahmen) könnten weiter verschärft werden.

Bereits 1992 hatte der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages eine Ausarbeitung erstellt, die auf einen möglichen „Staatsnotstand“ verweist. Dieses gängige, wenn auch nicht unumstrittene Rechtskonstrukt geht von einem Gesetzesvorbehalt des Staates aus, der angesichts einer Notlage seine Selbstauflösung befürchten muß. Konkret geht es um Gefahren für die Sicherheit des Staates und die Sicherheit der Bevölkerung. Ebenfalls wird in den Ausführungen eine begrenzte Aufnahmekapazität infolge einer nicht mehr zu bewältigenden Zahl von Asylbewerbern erwähnt. Dieser Fall würde bei fehlenden Unterkünften oder einer Überforderung des Gemeinwesens (politisch, bevölkerungspolitisch, wirtschaftlich) eintreten können. Die Problematik dürfte in der konkreten Feststellung dieses „Staatsnotstands“ liegen.

Interessant ist, daß der Lissabon-Vertrag auf europäischer Ebene genau diese Situation berücksichtigt: „Befinden sich ein oder mehrere Mitgliedstaaten aufgrund eines plötzlichen Zustroms von Drittstaatsangehörigen in einer Notlage, so kann der Rat auf Vorschlag der Kommission vorläufige Maßnahmen zugunsten der betreffenden Mitgliedstaaten erlassen.“ Allerdings wäre der betroffene Staat vom Votum der anderen EU-Staaten abhängig und könnte nicht selbst aktiv werden.

Zusammengefaßt: Notwendig wäre eine europäische Lösung, die aber in weiter Ferne steht. Aufgrund der EU-Vorgaben bliebe eine Grundgesetzänderung ohne weitreichende Wirkung – die Selbstblocke ist perfekt. Es bleiben einfache Gesetze, mit deren Hilfe versucht werden kann, die Krisenlage für Deutschland (kurzfristig) durch konkretisierte Asylbeschränkungen zu lösen. Dabei besteht weiterhin die kaum abwendbare Gefahr einer schweren Notlage, wie sie durch den „Staatsnotstand“ umschrieben wird. Die keineswegs nur finanziell gedachten Kosten dieser Krisenreparatur dürften immens sein.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ordnungsökonomik an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.

Zitate

„Journalisten tun gut daran, wenn sie sich hin und wieder daran erinnern, daß sie aus gutem Grund im Beobachtungs- und nicht im Vorhersagegeschäft sind.“

Jan Fleischbauer, „Spiegel“-Autor und Publizist, im „Bayernkurier“, Ausgabe Nr. 5/2015

„Angela Merkels Motivationsmantra 'Wir schaffen das' ist das Gegenteil einer Strategie. So spricht man mit Kindern, nicht mit seinem Souverän. Die Krise ist politisch, die Antwort muß es auch sein. (...) Jeder vernünftige Staat überwacht, wer sein Gebiet betritt. Der aktuelle deutsche Weg ist global gesehen eine spöttisch bis sorgenvoll betrachtete Ausnahme.“

Marc Felix Serrao, Redakteur, in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 10./11. Oktober 2015

„Der erschütterndste Satz des Abends war das Eingeständnis der Kanzlerin, es liege 'nicht in unserer Macht, wie viele nach Deutschland kommen'. Wie bitte? Die Regierungschefin eines entwickelten Landes erklärt frank und frei, sie habe keine Kontrolle mehr über ihr Staatsgebiet, darüber ob eine Million Flüchtlinge kommen oder drei oder fünf, und strebe die rasche Rückgewinnung dieser Kontrolle im übrigen auch gar nicht an? Das ist die Preisgabe jeder Staatlichkeit. Das ist die Bankrotterklärung einer Kanzlerin, die in ihrem Amtseid geschworen hat, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden. (...) Deutschland schafft sich ab, hieß einst ein Buchtitel von Thilo Sarrazin. Der Mann irrt: Merkel schafft Deutschland ab – jedenfalls jenes Deutschland, für das ihre Partei jahrzehntelang eintrat. Wenn man sie läßt.“

Georg Anastasiadis, Stellvertreter der Chefredakteur, im „Münchener Merkur“ vom 10. Oktober 2015

„Das, was Angela Merkel gerade mit Deutschland anstellt, würde kein Mensch mit seiner Wohnung tun. Selbst der gutmütigste Mensch der Welt würde sich doch, bevor er Gäste aufnimmt, die Frage stellen, wie groß die Wohnung ist, wie viele Gäste er aufnehmen kann, wie viele Mitbewohner seine Brieftasche und seine Nerven verkraften können und wer die neuen Bewohner überhaupt sind.“

Harald Martenstein, Kolumnist, im „Tagespiegel“ vom 10./11. Oktober 2015

„In der Flüchtlingsfrage ist die Flucht in die Fiktion zum Regierungsprogramm geworden. Das machtvolle Kanzlerinnenwort 'Wir schaffen das' erinnert ein wenig an die vergeblichen Siegesparolen des zweiten deutschen Staates vor dessen Untergang 1989. (...) Die Frage ist, wie die Politik in Deutschland wieder vom Kopf auf die Füße gestellt, oder besser vom großen Herzen zum klaren Kopf gebracht werden kann. Die Bundeskanzlerin hat sich offenbar auf ihrer Linie des Weglächelns aller Gefahren der Einwanderungswelle eingegraben – und scheint nur noch von Jasagern umgeben zu sein.“

Stefan Aust, Herausgeber, in der „Welt am Sonntag“ vom 11. Oktober 2015

„In Deutschland ist eine Debatte über Identität entstanden ohne das Etikett 'deutsch'. Die Leute scheuen sich zu fragen, wer Deutscher ist.“

Josef Jamning, Vize-Direktor des European Council on Foreign Relations, bei „Politico.eu“, am 12. Oktober 2015

Bild der Woche

Lesezeit



Bücherherbst: Wie schön sind ein warmes Plätzchen und eine spannende Lektüre doch, wenn es draußen kühler wird. Viele Anregungen dazu finden sich in der Literaturbeilage.

Lesereinspruch

Nicht angemessen

Zu: Der Sound des Bockjägers“ von Doris Neujahr (JF 42/15)

Falsche Kritik! Meines Erachtens hat Doris Neujahr bei ihrer Rezension des neuesten Strauß-Aufsatzes daneben gegriffen.

Offenbar – so will es scheinen – ist die Autorin nicht gewillt, den „großen literarischen Krieger“ dieses Spiegel-Essays angemessen zu deuten. Für mich steht fest: Botho Strauß' radikale Kritik an den Zeitläuften ist für diejenigen überzeugend, die seinen komplexen literarisch-politischen Impetus nicht nur äußerlich-intellektuell, sondern auch und vor allem innerlich-gefühl wahrzunehmen in der Lage sind.

Botho Strauß jedenfalls spricht die Sprache des jederzeit wieder in die Wirklichkeit und Wirksamkeit zu wünschenden „Geheimen Deutschland“.

Wenn die Rezensent in dem letzten Absatz resümierend glaubt, ein „Spektrum“ erweitern zu müssen, so möchte ich dazu abschließend folgendes bemerken: Bis diese Arbeit geleistet ist, sind für unser real-existierendes Bundesrepublikanien aber jeder Hopfen und Malz endgültig verloren.

MICHAEL SIEBRECHT,
HANNOVER



Ihre Leserbriefe senden Sie an:
 JUNGE FREIHEIT Leserforum
 Hohenzollerndamm 27 a,
 10713 Berlin
 leserbriefe@jungefreiheit.de
 Fax 030/864953-14